

Einleitung

Mit dem Schwerpunkt „Positionierungen: Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Religionskritik“ versuchen wir eine Debatte zu eröffnen, die sich unseres Erachtens aufdrängt, die in den alternativen, linken und feministischen Kontexten aber weitgehend vermieden bzw. blockiert wird. Die Debatten-Kultur lässt deutlich zu wünschen übrig, denn der Artikulation von Kritik an sexistischen, homophoben oder auch antisemitischen „Traditionen“ des Islam wird oft postwendend mit einem Rassismus-Vorwurf begegnet. Eine sachliche, intellektuelle Auseinandersetzung wird durch moralische Empörung ersetzt.¹

Da sich neuerdings die Rechte Religionskritik (allerdings an nur einer Religion, dem Islam) zu eigen macht, scheint sie für die Linke generell tabu geworden zu sein. Die Religionskritik habe ihre „Unschuld“ verloren, heißt es dann, oder: „Der Islam an sich ist nicht frauenfeindlich“ etc. Es ist eine „pathologische Angst“ vieler westlicher Linker und Linksliberaler sich der „Islamophobie“ schuldig zu machen, wie etwa Slavoj Žižek² feststellt, die solche Aussagen hervorbringen. Aber was sind die Konsequenzen? Verteidigt die Rechte vordergründig Frauenrechte – in rassistisch, instrumentalisierender Weise –, ist die Benennung von Frauenverachtung und Frauenabwertung im Islam dann für Linke und Feministinnen hinfällig? Warum wird kaum Solidarität mit jenen geübt, die – aus diesen Kulturen stammend – Kritik üben? Und wer aus den kritischen Kontexten hätte jemals den Satz „Das Christentum an sich ist nicht frauenfeindlich“ über die Lippen gebracht? Ist die Zeit vorüber, da Einigkeit über die Problematiken der Religionen, oder genauer der großen monotheistischen Weltreligionen, bestand?

Nach den Anschlägen auf die französische Satire-Zeitung *Charlie Hebdo* und den jüdischen Supermarkt in Paris durch islamistische Terroristen schrieb der US-amerikanische Theoretiker Michael Walzer, dass wir – die Linke, die Feministinnen, etc. – vergessen haben, was die Frauen und Männer der Aufklärung wussten: „Alle Religionen tragen in ihrer Extremform die Möglichkeit der Tyrannei in sich.“³ Ein Mittel dieser Tyrannei entgegenzuwirken, ist die Trennung von Kirche und Staat, eine Beschränkung der Einflussnahme der Kirche(n) auf Politik und Gesellschaft. Nun ist die Trennung von Kirche und Staat auch hierzulande von deutlichen Beschränkungen gekennzeichnet, dennoch gelang – über die Jahrhunderte – eine Zivilisierung der Religion und ein Zurückdrängen ihres Einflusses auf unser tägliches Leben.

Heute ist allerdings eine Wiederbelebung der Religion festzustellen, die uns in ein „postsekuläres“ Zeitalter zu führen scheint. Insbesondere Länder des Nahen und Mittleren Ostens und Teile Afrikas erleben – in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Intensitäten – seit dem Ende der 1970er Jahre eine Revitalisierung der Religion.⁴ Parallel zu dieser Entwicklung fand eine Schwächung des Staates

statt. Dies entspricht zwar einer allgemeinen Tendenz, führte aber in manchen Ländern Afrikas oder des Nahen und Mittleren Ostens zu einer Situation, in der man von einer beinahe völligen Auflösung der Staatsstrukturen sprechen muss. Vorangetrieben wurde dies nicht zuletzt auch durch Kriege und Bürgerkriege, durch die diversen militärischen Interventionen der USA und Europas. Dieses Vakuum hat offenbar Raum für die Ausbreitung eines islamistischen Fundamentalismus geschaffen, der die Menschen in diesen Ländern zunehmend unter die strengen Regeln eines außerordentlich autoritären Islam stellt. Mit den Migrations- und Fluchtbewegungen gelangen nun einerseits Menschen nach Europa, die vor diesem religiösen Fundamentalismus fliehen, aber andererseits auch jene, die in der Tradition dieses autoritären Denkens stehen.

Das ist eine der Herausforderungen, der sich Europa stellen muss. Dazu wird es nötig sein, die seit mindestens zweieinhalb Jahrzehnten übliche Gleichsetzung von Menschenrechten, von Freiheit, Gleichheit und Solidarität – den Werten der bürgerlichen Revolutionen – mit Eurozentrismus und kulturellem Imperialismus zu überdenken. Denn „die grausame Ironie des Antieurozentrismus [liegt] darin, dass, im Namen des Antikolonialismus, der Westen just in dem historischen Moment kritisiert wird, da der globale Kapitalismus die westlichen kulturellen Werte gar nicht mehr braucht, um reibungslos zu funktionieren“⁵.

Wir sehen diesen Schwerpunkt als Beitrag für eine sachliche Auseinandersetzung, der weitere folgen sollten. Wesentlich erscheint es uns dabei, dies auch als politische Aufklärung vor dem Hintergrund einer erstarkenden Rechten und populistischen und antidemokratischen Spaltungspolitiken zu betrachten.

In seinem Beitrag „Warum wir fremde Kulturen nicht respektieren sollten – und die eigene auch nicht“ geht *Sama Maani* der Frage nach, was den gesellschaftlichen Diskurs zu Migration und zum Verhältnis zwischen „einheimischer“ Bevölkerung und Zugewanderten oder Flüchtlingen bestimmt. Seine Diagnose ist die, dass der Mainstream des Diskurses – aus unterschiedlichen Motivationen heraus – einem Kulturprinzip folgt, in dem Kultur als unveränderliche Größe, als quasi naturhaft erscheint. Hintergrund dessen ist auch, dass der Universalismus der Menschenrechte in der Linken oder im Feminismus weitgehend als Eurozentrismus denunziert wird, weil nicht erkannt wird, dass sie zwar in einem europäischen Kontext entstanden sind, aber gleichzeitig über diesen Rahmen hinausweisen.⁶ Deshalb geht es in den Auseinandersetzungen um die islamische Kultur meist nicht um eine Modernisierung der ägyptischen, iranischen, syrischen Gesellschaft, sondern der Religion, des Islam. Für Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit hieße dies, dass eine Entwicklung und Demokratisierung der Gesellschaft jenseits des Islam nicht möglich sei. Aber auch wenn die Identifizierung mit der Religion in islamischen Ländern tatsächlich stärker ist als in Europa, kann der Weg der Emanzipation nicht über die Religion führen. Die Dominanz der Kultur im gesellschaftlichen Diskurs führt dann dazu, dass alle zuallererst RepräsentantInnen ihrer Kultur oder Religion sind und nicht BürgerInnen mit Rechten und Pflichten. Das aber ist die Basis moderner Demokratien.

Im Juli 2014 beherrschten türkische Fahnen und Fahnen der Hamas und des Islamischen Dschihad Innsbrucks Straßen. Einträchtig protestierten um die

1.000 überwiegend türkische DemonstrantInnen und eine Reihe von antizionistisch eingestellten Tiroler Linken, die nichts gegen die Teilnahme der faschistischen Grauen Wölfe einzuwenden hatten, gegen die Militärintervention Israels im Gazastreifen. Antisemitische Transparente und Hetzparolen, aber auch Aufrufe, türkische statt israelische Waren zu kaufen, waren noch das geringere Übel. Eine Frau, die am Rande des Demonstrationzugs mit einem österreichischen und einem israelischen Fähnchen stand, wurde niedergeschlagen, die israelische Flagge unter fröhlichem Gejohle verbrannt. Hinter dem Protestmarsch stand die UETD (Union of European Turkish Democrats), die in einem engen Verhältnis zur Partei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan (AKP) steht.⁷ In ihrem Beitrag „Antisemitismus und Islamfeindlichkeit im 21. Jahrhundert: Österreich und Großbritannien“ beschreibt *Helga Embacher*, wie die Grenzen berechtigter Kritik an der Politik Israels zum Antisemitismus verschwimmen. Prominente VertreterInnen der Labour Party in Großbritannien setzen Zionismus mit Rassismus gleich oder stellen Vergleiche zwischen Israelis und Adolf Hitler an. Eine heftige Antisemitismus-Debatte in der Labour Party und Parteiausschlüsse sind die Folge. Darüber hinaus sind es in Großbritannien junge, sozial deklassierte Männer mit nordafrikanischem, arabischem und asiatischem Hintergrund sowie muslimische Organisationen, die, und dies ist ein neuartiges Phänomen in Europa, durch antisemitische Aktivitäten auffallen. Britische MuslimInnen beschuldigen den Westen, über ihr Leid hinwegzusehen und entwickeln eine muslimische Opferidentität, die an tatsächliche Erfahrungen mit Rassismus und Islamfeindlichkeit anschließen. Allerdings ist zunehmend eine Rechtfertigungsstrategie zu erkennen, jegliche Kritik an antisemitischem Handeln mit dem Gegenwurf der Islamophobie abzuwehren. *Helga Embacher* betont, dass sowohl die von ihr genannten muslimischen Organisationen in Großbritannien als auch die UETD in Österreich nur einen sehr geringen Prozentsatz der Muslime und Musliminnen vertreten, gibt aber zu bedenken: „Antisemitismus dürfte, wie mittlerweile auch einige muslimische RepräsentantInnen feststellen, in den muslimischen Communities allerdings relativ weit verbreitet sein.“

Heiko Heinisch beschreibt in seinem Beitrag „Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen islamistische Angriffe“ die Infragestellung der Meinungsfreiheit und die schleichenden Veränderungen unserer Gesellschaften durch islamistischen Terror oder Drohungen. Der radikale Kampf gegen die Meinungsfreiheit geht bis in die 1980er Jahre zurück – als Beispiel verweist der Autor auf die Fatwa Ayatollah Khomeinis gegen Salman Rushdie im Jahr 1989, als dessen Buch „Die satanischen Verse“ publiziert wurde. Es folgten viele weitere Angriffe, denen auch immer wieder Menschen zum Opfer fielen. Gleichzeitig wird seit geraumer Zeit – und mit Erfolg – versucht, den Begriff der „Islamophobie“ als gleichwertige Kategorie neben Rassismus und Antisemitismus zu etablieren, wobei eine wissenschaftlich tragfähige Definition bislang nicht existiert. Allerdings gelang es damit, Religionskritik zu diskreditieren und in die Nähe von Rechtspopulismus und Rassismus zu rücken. *Heiko Heinisch* schließt seinen Beitrag mit einem „Plädoyer für die Meinungsfreiheit“ ab, in dem er eine Klärung von Begriffen vornimmt. Da die Religionsfreiheit immer wieder gegen die Meinungsfreiheit und die Freiheit der

Kunst ins Feld geführt wird, stellt er klar, dass Religionsfreiheit kein Blasphemieverbot beinhaltet, sondern die Freiheit des Individuums in der Religionsausübung meint. Menschenrechte sind die Basis demokratischer Gesellschaften, sie sind mit grundlegenden Freiheiten, wie der Meinungsfreiheit, verknüpft – und sie kommen allen gleichermaßen zu.

Nina Scholz setzt in ihrem Beitrag „Menschenrechtsverletzungen im Namen von Religion und Tradition – eine Herausforderung für die pluralistische Gesellschaft“ die Geschlechterpolitik des fundamentalistischen Islam ins Zentrum ihrer Analyse. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird unter Verweis auf eine höhere göttliche Gerechtigkeit abgelehnt. Das Kopftuch versteht sie dabei als sichtbarstes und gewissermaßen wichtigstes Symbol dafür. Wesentlich sind aber auch der Ehrbegriff und der Zwang zur Jungfräulichkeit, der nur für Frauen gilt. Die Ehre einer Frau ist untrennbar mit der Jungfräulichkeit verbunden, sexuelles „Fehlverhalten“ beeinträchtigt unmittelbar die Ehre der Familie. Verstöße gegen diese Vorstellungen von Ehre werden mitunter auch mit dem Tod bestraft. Die Sexualität der Frau ist hier also einer ausgeprägten Kontrolle unterworfen – eine Praxis, die von allen Hauptströmungen des Islam vertreten wird. Dies ist Grundlage einer autoritären, anti-emanzipatorischen, sexual- und körperfeindlichen Erziehung, die mit einer sehr frühen Sexualisierung der Geschlechter einhergeht und sowohl für Mädchen als auch Jungen negative Auswirkungen zeitigt. Dass diese, den Menschenrechten zuwiderlaufenden, Haltungen nicht nur in islamischen Ländern propagiert werden, sondern auch in europäischen Staaten zeigt die Autorin am Beispiel eines in Österreich bis 2005 in Verwendung befindlichen Buches für den islamischen Religionsunterricht auf. Auch das Kopftuch findet immer mehr Verbreitung, das inzwischen mitunter sogar als Ausdruck der Emanzipation interpretiert wird. Für reaktionäre Werte einzutreten, wird hier mit Bezug auf den feministischen Diskurs der weiblichen Selbstermächtigung gerechtfertigt. Abschließend plädiert *Nina Scholz* dafür, das Thema der Menschenrechtsverletzungen an Frauen in den muslimischen Communities sachlich zu diskutieren, anstatt es rechtspopulistischen Parteien zu überlassen.

Martin Haselwanter erinnert in seinem Beitrag „Nun sag, wie hast du's mit der Religion? Die politische Linke und der Islam“ an die lange Tradition der Religionskritik in der ArbeiterInnenbewegung, in linken Parteien, im Feminismus und in sozialen Bewegungen. Nun setze sich aber immer mehr ein Verharmlosungsdiskurs durch, der inhaltliche Kritik am Islam und „an reaktionären und repressiv-antiemanzipatorischen Verhaltens- und Denkweisen von AusländerInnen, MuslimInnen oder MigrantInnen (...) reflexartig unter den Generalverdacht des ‚Rassismus‘ oder der ‚Fremdenfeindlichkeit‘“ stellt. „Fremde Kulturen sind in ihrer und wegen ihrer ‚Andersheit‘ tabu. Deshalb dürfen sie nicht herrschaftskritisch analysiert und bewertet werden“, zitiert *Haselwanter* *Hartmut Krauss*. Sogar Linke und Feministinnen, die selbst muslimisch sozialisiert wurden oder aus Ländern stammen, in denen der Islam als zentrale Religion Politik, Gesellschaft und öffentliches Leben maßgeblich mitbestimmt, sollen sich einem dogmatischen Denk- und Diskussionsverbot beugen. Ihnen wird von angesehenen europäischen Intellektuellen und WissenschaftlerInnen muslimischer bzw. arabischer

Selbsthass vorgeworfen, der in eine Haltung der Islamophobie umschlage. Hamed Abdel-Samad, der dem Islamismus attestiert, faschistische Züge zu haben und sich immer auch gegen die Freiheit von Frauen zu richten, muss wegen dieser Analyse nach einer gegen ihn ausgesprochenen Fatwa, dem juristischen Gutachten eines hohen islamischen Rechtsgelehrten, mit einer Morddrohung leben. Auch mitten in Europa nimmt die Zahl jener Menschen zu, die wegen ihrer Kritik am Islam und am Islamismus in einem Zeugenschutzprogramm leben müssen. Einer von ihnen ist der algerische Schriftsteller Kamel Daoud, der seine namhaften Kritiker von französischen Eliteuniversitäten daran erinnert, dass sie alle ihre Meinung frei und in Sicherheit äußern können: Der Vorwurf der Islamophobie sei für ihn „der Angriff von den ‚sicheren Terrassen der Pariser Cafés‘, während er in Oran täglich seine Haut riskiert“ und „ein weiterer Beleg der Fortsetzung postkolonialer Herrschaft, weil die französischen Kollegen dem arabischen Intellektuellen die Freiheit des Denkens noch immer nicht zugestehen.“⁸

Martin Haselwanter fordert die Linke dazu auf, die lange Tradition der Religionskritik im Marx'schen Sinne als Voraussetzung für alle weitere Kritik wieder aufzunehmen, kontrovers über ihre Positionierungen zu diskutieren, klare Standpunkte zu entwickeln und nicht im Vorhinein jede Kritik am Islam unter den Generalverdacht des Rassismus zu stellen.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich dabei um eine Debatten-Kultur, die auch schon in der Auseinandersetzung rund um die Frage der Prostitution und ihrer Regulierung sichtbar wurde.
- 2 Slavoj Žižek: Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror, Berlin 2015, S. 18.
- 3 Michael Walzer: Islamism and the Left, in: Dissent Magazine, <https://www.dissentmagazine.org/article/islamism-and-the-left> (Zugriff 28.8.2016).
- 4 Ebd.
- 5 Žižek, Klassenkampf, S. 17.
- 6 Der Universalismus der Menschenrechte beinhaltet zwar immer eine Reihe von Ausschlüssen (die Frauen, die Fremden etc.), der Universalismus der Menschenrechte ist aber gleichzeitig auch Basis für den Kampf gegen die Ausschlüsse (von Frauen, von ArbeiterInnen, von „Fremden“ etc.).
- 7 Frau verletzt: Ermittlungen nach Demo gegen Israel in Innsbruck, 21.7.2014, <http://www.tt.com/panorama/verbrechen/8670693-91/frau-verletzt-ermittlungen-nach-demo-gegen-israel-in-innsbruck.csp> (Zugriff 31.8.2016).
- 8 Martina Meister: Warum Frankreich keine Islam-Kritik duldet, 1.3.2016, <https://www.welt.de/politik/ausland/article152787482/Warum-Frankreich-keine-Islam-Kritik-duldet.html> (Zugriff 12.9.2016). Siehe auch Débat. Kamel Daoud: „Je ne suis pas islamophobe, je suis libre“, 4.3.2016, <http://www.courrierinternational.com/article/debat-kamel-daoud-je-ne-suis-pas-islamophobe-je-suis-libre> (Zugriff 12.9.2016).